

# Newsletter Landtag-Heidekreis

## Gudrun Pieper MdL

Niedersachsen geht voran!



## FESTAKT ZUM TAG DER DEUTSCHEN EINHEIT

Vor dem Oktober-Plenum feierten wir im Niedersächsischen Landtag in einem würdevollen Rahmen den Tag der Deutschen Einheit. Als Festredner sprach der ehemalige Bundesminister Thomas de Maizière.

De Maizière blickte nicht nur auf die Ereignisse der Jahre 1989/1990 zurück, sondern wies zu Beginn gleich auf die Zukunft hin. Dabei gab er uns Parlamentariern Aufgaben auf den Weg:

1. Wir Deutschen sollten zu einem respektvollen Miteinander zurückfinden! Dies gelte für den Diskurs auf der Straße, in den Parlamenten, im privaten Bereich. Die sachliche Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Sichtweisen und gleichzeitig die deutliche Abgrenzung gegenüber jedem Extrem seien dabei Grundvoraussetzung.
2. Die Ansprüche an die „innere Einheit“ müssen deutlich reduziert werden - in der deutschen Nationalhymne wird nicht von Einheit, sondern von Einigkeit gesprochen. Angestrebt werden solle Eintracht, keine Gleichheit, denn die gibt es nicht.
3. Der Wunsch nach Klarheit, Struktur und Übersichtlichkeit in einer unübersichtlicher werdenden Welt beruhe auch auf den (ostdeutschen) Erfahrungen der Wendezeit, die maximal unübersichtlich gewesen sei, während sich „im Westen“ nicht viel veränderte. Diese unterschiedlichen Lebenserfahrungen gelte es anzuerkennen und zu respektieren. „Jede Erfahrung, ob Ost oder West ist eine Bereicherung für uns alle in einem vielfältigen Staat.“
4. „Wir müssen akzeptieren, dass es in Deutschland in den Regionen unterschiedliche Lebensverhältnisse gab, gibt und immer geben wird.“ Das unrealistische und historisch nie erreichte Ziel der Angleichung der Lebensverhältnisse habe zu unerfüllbaren Erwartungen und Enttäuschungen geführt. Auch hier sei Gleichwertigkeit und nicht Gleichheit das Ziel!
5. „Mit Hetzern und Provokateuren macht der aufgeklärte Patriot keine gemeinsame Sache!“ Vielmehr wünsche er sich, dass der Staat und die demokratischen Institutionen wie die Medien das Misstrauen abbauen können.

Er rief dazu auf, mehr Fröhlichkeit, Zuversicht, Unverkramptheit zu zeigen, um ein positives Selbstverständnis zu Einheit und Nation zu entwickeln. Dazu gehören für ihn ein Bekenntnis zu den nationalen Symbolen und zur deutschen Flagge, die in die Mitte der Gesellschaft zurückgeholt werden müssten. „Schwarz-Rot-Gold sind die Farben der Freiheit.“ Recht hat er!

### IN DIESER AUSGABE

1. Festakt zum Tag der Deutschen Einheit
2. Aus dem Plenum I
3. Aus dem Plenum II
4. Aus dem Europaausschuss
5. Quo Vadis Heidekreisklinikum?! (Teil 3)
6. Unterwegs im Wahlkreis

### LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

der Zerfall der AfD Landtagsfraktion hatte auch Auswirkungen auf unsere Plenarwoche, indem durch den Wegfall von Fraktionsrechten auch Rederechte nur in bestimmten Fällen möglich sind. Das hatte zur Folge, dass die Zeiten der Tagesordnung letztendlich kürzer ausgefallen sind, als eingeplant.

In der Novembersitzung werden wir die jetzt gemachten Erfahrungen umsetzen.

Was sonst noch geschah...

...lesen Sie meinen Newsletter.

Herzlichst Ihre



Gudrun Pieper





# Gudrun Pieper MdL

Niedersachsen geht voran!

## START-UPS ESSENTIELL FÜR UNSERE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT - KOALITION FORDERT RESSORTÜBERGREIFENDE STRATEGIE-

CDU und SPD wollen in der pandemiebedingten Wirtschaftskrise neue Geschäftsmodelle und Unternehmensgründungen stärker als bislang finanziell unterstützen und die bestehenden Aktivitäten des Landes ressortübergreifend vernetzen. Wichtig ist, in dieser Zeit nach vorne und auf die Felder zu schauen, in denen neue zukunftsfähige Märkte und Arbeitsplätze entstehen. „Innovative Start-ups sind essentiell für die künftige Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Wir haben die Wahl, mit dabei zu sein, wenn sich unsere Wirtschaft ändert, oder darauf zu warten, dass uns andere Länder den Takt vorgeben,“ so unsere stellvertretende Fraktionsvorsitzende Mareike Wulff in der Debatte.

Start-ups spielen bei der Lösung der ökonomischen, sozialen und ökologischen Herausforderungen eine besonders wichtige Rolle – gerade unter dem Vorzeichen der Digitalisierung: „Wer schon vor zehn Jahren digitalisiert hat, ist besser durch die Pandemie gekommen. Wer bereits auf innovative Geschäftsmodelle gesetzt hat, wie zum Beispiel hybride Konferenzen im Veranstaltungsbereich, hat während der Pandemie gewonnen,“ so Wulff. Die CDU-Fraktion begrüßt die bereits zahlreich vorhandenen Förderprogramme und Stipendien des Wirtschaftsministeriums, will nun aber einen Schritt weitergehen und die weiteren Ressorts bitten, Start-ups künftig bei der Lösung politischer Herausforderungen einzubeziehen.

„Beispielsweise präsentierte sich uns ein Unternehmen, das es ermöglicht, den Unterricht im Bereich Informatik durch fachfremde Lehrkräfte zu verbessern. Aber: Sie finden keinen Markt, denn Start-ups sind in unserem Bildungssystem nicht vorgesehen und wir verschenken dadurch Potentiale. Das müssen wir künftig dringend verhindern“, so Wulf abschließend.

## KÖNNEN CORONA-PANDEMIE NICHT UNGESCHEHEN MACHEN, ABER DER KULTUR EINE PERSPEKTIVE IN DER KRISE GEBEN

„Wir können die Corona-Pandemie nicht ungeschehen machen und finanziell keinen vollkommenen Ausgleich schaffen. Aber wir können in dieser Krise der Kultur eine Perspektive geben“, erklärte Kulturexperte Burkhard Jasper in der aktuellen Stunde der CDU-Fraktion im Plenum. Das Programm „Niedersachsen dreht auf“ ist unbürokratisch, umfassend, regional verankert und berücksichtigt beispielsweise auch Ton- und Lichttechniker. Die Abwicklung erfolgt über Landschaften und Landschaftsverbände.

„Es nützt nichts, Einzelnen Geld auszuzahlen. Wir müssen verhindern, dass die Strukturen in der kulturellen Szene wegbrechen, damit Soloselbstständige auch in Zukunft auftreten können und Engagements erhalten“, so Jasper. Mit dem Programm „Niedersachsen dreht auf“ soll die Vielfalt des kulturellen Lebens in der gesamten Fläche Niedersachsens gesichert werden. Dafür werden wir uns als CDU-Fraktion auch zukünftig einsetzen.

## ENTZUG DER ZULASSUNG FÜR TIERTRANSPORTE BEI REGELVERSTÖßEN – KOALITION FORDERT TECHNISCHE KONTROLLEN

Trotz nationaler und EU-weit geltender Vorgaben für den zulässigen Transport von Tieren beobachten wir, CDU und SPD, zunehmend Verstöße gegen geltendes Recht. „Fahrzeuge ohne vorgeschriebene Ausstattung, Transporteure ohne Empathie, eine fehlende Versorgung der Tiere, ungeschultes Personal und brutale Verlademethoden – wir wollen diese Bilder nicht mehr sehen und fordern Bund und EU dringend auf, zu handeln“, sagte der CDU-Agrarpolitiker Christoph Eilers während der emotionalen Debatte.

Gemeinsam mit der SPD fordern wir im Landtag unter anderem, die Kontrollen zu verschärfen und Standard-Exportrouten technisch zu überwachen. Darüber hinaus sollen die Strafen erhöht und Drittländer vertraglich verpflichtet werden, geltendes EU-Tierschutzrecht anzuwenden. „Wer gegen die Regeln arbeitet, dem sollte die Zulassung aberkannt werden. Hier werden Lebewesen transportiert und keine Sachen“, so Eilers.

Bereits im vergangenen Jahr hatte sich unsere Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast im Kreise ihrer Amtskollegen für tiergerechtere Transporte ausgesprochen und einen einstimmigen Beschluss herbeigeführt. „Gemeinsam müssen wir diesen Beschluss nun stärken und uns für eine baldige Umsetzung einsetzen“, so Eilers abschließend.



## WECKRUF DER LANDWIRTSCHAFTSMINISTERIN GILT ALLEN BETEILIGTEN IHRER VERANTWORTUNG NACHZUKOMMEN

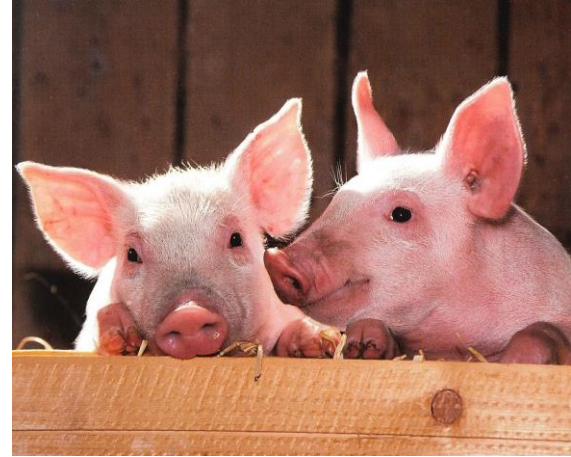
Sehr dankbar sind wir unserer Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast für die heutige Unterrichtung im Landtag zur Situation der Schlachtung von Schweinen. „Ihr Weckruf hat uns allen noch einmal gezeigt, wie toxisch die Mischung aus Covid19 und internationalen Handelsrestriktionen bedingt durch ASP für die niedersächsischen Schweinehalter ist“, erklärt Helmut Dammann-Tamke, stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender und agrarpolitischer Sprecher.

„Barbara Otte-Kinast hat deutlich gemacht, dass der Gesundheitsschutz der Mitarbeiter auf den Schlachthöfen für uns höchste Priorität hat. Gleichzeitig stellt die sinkende Schlachtkapazität unsere Schweinehalter vor nahezu unlösbare Probleme“, so der Agrarexperte.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass jeden Tag neue Ferkel geboren werden und gleichzeitig die benötigten Schlachtkapazitäten nicht annähernd zur Verfügung stehen. Die Dramatik dieser Situation wird kontinuierlich weiter anwachsen. Wir werden übervolle Ställe bekommen und damit erhebliche Tierschutzprobleme.

Wir wissen, dass unsere Schweinehalter unter enormen Druck stehen. Neben den wirtschaftlichen Einbußen ist es besonders eine emotionale Belastung. Für die Landwirte, ihre Mitarbeiter\*innen sowie für die dahinterstehenden Familien. Wir schauen im Moment einer Situation entgegen, in der wir in einen schwierigen Abwägungsprozess gelangen werden. Schwerwiegende Tierschutzsituationen in den Betrieben hinzunehmen, oder Tiere ohne eine Verwertung als Lebensmittel zu töten und zu entsorgen. Das entspricht nicht unserem ethischen Verständnis!

„Alle Beteiligten in der Wertschöpfungskette sind deshalb gefordert ihren Beitrag im Sinne einer Lösung zu erbringen. Wir werden unsere Landwirtschaftsministerin bei ihren notwendigen Aktivitäten dazu in Niedersachsen, im Bund und mit den Akteuren hier vor Ort zu unterstützen“, so Dammann-Tamke abschließend.



## EXTREMISTEN IDENTIFIZIEREN UND AUS DEM ÖFFENTLICHEN DIENST ENTFERNEN

„Die schockierenden rechtsextremistischen Vorfälle in der nordrhein-westfälischen Polizei sollten auch Anlass für zusätzliche präventive Maßnahmen in Niedersachsen sein“, so unser stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Uwe Schünemann. Bereits seit langem wird in Niedersachsen sowohl bei der Ausbildung an der Polizeiakademie, als auch durch Fortbildungsmaßnahmen großen Wert auf Demokratieentwicklung und Abgrenzung von jeglicher Form des Extremismus sowie der Radikalisierung gelegt. Entsprechende Aus- und Fortbildungsinhalte werden fortwährend weiterentwickelt und intensiv genutzt. Dazu zählt die Initiative „Polizeischutz für Demokratie“. Eine sozialwissenschaftliche Betreuung wird an der zentralen Polizeidirektion angeboten, eine systematische Einsatznachbereitung ist ebenfalls obligatorisch, dennoch besteht weiterer Handlungsbedarf.

„Neben polizeispezifischen Initiativen müssen auch für den gesamten öffentlichen Dienst neue Wege beschritten werden. Denn extremistische Bestrebungen können nicht nur innerhalb der Polizei unsere Demokratie gefährden“, so Schünemann weiter.

Dazu müssen Regelabfragen beim Verfassungsschutz bei Einstellung im Bereich der Sicherheitsbehörden, der Justiz und der Bildung genauso gehören, wie die Einrichtung einer verwaltungsinternen unabhängigen Meldestelle, bei der anonym Hinweise auf Extremismus eingehen können, z.B. vergleichbar mit dem Korruptionsmeldeportal, online über ein anonym zu erreichendes elektronisches Postfach. „Auch die Anlassunabhängige datenschutzrechtliche Kontrolle dienstlicher Kommunikationsmittel und EDV, mit denen personenbezogene Daten zu polizeilichen Zwecken verarbeitet werden, muss ein weiterer Baustein sein“, so Schünemann abschließend. Die gesetzlich vorgeschriebenen stichpunktartigen Kontrollen müssen regelmäßig durchgeführt werden. Dies gelte z. B. auch für die Nutzung des Polizeimessenger NIMes.







## NEUE RISIKOBEWERTUNG DES ECDC

Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) hat seine aktualisierte Risikobewertung zur COVID-19-Pandemie zusammen mit einer Reihe von Leitlinien für nicht-pharmazeutische Maßnahmen (z. B. Handhygiene, Abstandswahrung, Reinigung und Belüftung) veröffentlicht. Aus der aktualisierten Risikobewertung geht hervor, dass die Melderaten in der gesamten EU und im Vereinigten Königreich seit August stetig gestiegen sind. Daher sei es von entscheidender Bedeutung, dass die Mitgliedstaaten alle notwendigen Schritte ergreifen, sobald es erste Anzeichen für neue Ausbrüche gibt. Im Einklang mit den von der Kommission im Juli vorgelegten Maßnahmen umfasst dies: verstärkte Durchführung von Tests, Intensivierung der Maßnahmen zur Ermittlung von Kontaktpersonen, verbesserte Überwachung des öffentlichen Gesundheitswesens, Gewährleistung eines besseren Zugangs zu persönlichen Schutzausrüstungen und Arzneimitteln sowie Gewährleistung ausreichender Kapazitäten im Gesundheitswesen.

Die Risikobewertung des ECDC hat ergeben, dass nicht-pharmazeutische Maßnahmen wie Abstandswahrung, Hygiene und Verwendung von Gesichtsmasken nicht ausreichen, um die Exposition zu verringern oder zu kontrollieren. Das ECDC nennt mehrere Optionen wie die Stärkung der Kapazitäten im Gesundheitswesen und die Ausrichtung von Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit auf medizinisch gefährdete Personen und Angehörige der Gesundheitsberufe. Es fordert nicht-pharmazeutische Maßnahmen, Teststrategien, Kontaktnachverfolgung, Quarantänemaßnahmen, eine angemessene Risikokommunikation und Maßnahmen zum Schutz der psychischen Gesundheit.

In seinen Leitlinien zu nicht-pharmazeutischen Maßnahmen gegen COVID-19 stellt das ECDC die verfügbaren Optionen für solche Maßnahmen in verschiedenen epidemiologischen Szenarien vor. In den Leitlinien werden die Nachweise für die Wirksamkeit dieser Maßnahmen bewertet und Durchführungsprobleme thematisiert, einschließlich potenzieller Hindernisse und möglicher Lösungsansätze.

Für uns alle bleibt es dabei: Reisen in das europäische Ausland sind nach wie vor nicht ohne Risiko zu sehen und auch wir, im Sozial- und Europaausschuss werden uns weiterhin mit der Thematik intensiv befassen.



## FORDERN RECHTSSTAATLICHE PRINZIPIEN VON EU-PARTNERN EIN

Die Regierungsfractionen von CDU und SPD haben in einem gemeinsamen Entschließungsantrag, der im Plenum abschließend beraten wurde, beschlossen, dass grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien auch in Partnerländern der EU eingehalten werden müssen. „Mit Sorge blicken wir nach Ungarn und Polen, wo Menschenrechte, die Unabhängigkeit der Justiz und Pressefreiheit zusehends unter die Räder der nationalpopulistischen Regierungspolitik geraten“, sagte unser europapolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Stephan Siemer. „Ebenso erklären immer mehr Regionen in Polen sich zu schwulen- und lesbenfreien Zonen. Diese Diskriminierung von Menschen hat mit den Werten der EU nichts zu tun,“ so Siemer in der Debatte.

Seit Jahrzehnten pflegen wir mit zwei polnischen Woiwodschaften eine enge Partnerschaft, die wir auch gerne weiterführen wollen, nur müssen wir zu dieser jetzt vorherrschenden Haltung Stellung beziehen und klare Forderungen aufstellen. In dem jetzt beschlossenen Antrag wollen wir unter anderem die Vergabe von EU-Mitteln an die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien knüpfen und auch die Diskriminierung von Schwulen und Lesben bei den polnischen Partnern thematisieren. Bei künftigen internationalen Partnerschaften sollen die europäischen Grundwerte als Maßstab dienen, um die demokratischen Prozesse weiterhin zu fördern.





## QUO VADIS HEIDEKREISKLINIKUM?! (TEIL 3)

Nach wie vor erhalte ich fast täglich Anfragen zum Neubau unseres Zentralen Heidekreisklinikums. Das zeigt mir, dass das Thema die Menschen sehr bewegt. Die medizinische Weiterentwicklung in unseren beiden Häusern wird kritisch gesehen und wirft entsprechende Fragen auf. Ich habe mir auch für meinen aktuellen Newsletter wieder alle Fragen angeschaut und sie thematisch gebündelt, um hier umfassend und sachgerecht zu antworten.

### 1. Warum hat man sich für den Standort F4 (Bad Fallingbostal) entschieden?

Insgesamt wurden 7 mögliche Standorte für die Überprüfung aller raumordnerischen, eventuell zur Verfügung stehenden, Gebiete als Grundlage skizziert. In einem planerischen Verfahren wird dann durch unterschiedliche Fragestellungen und mit Hilfe von feststehenden Algorithmen (künstliche Intelligenz -KI) errechnet, welcher Standort der Beste sein könnte. F4 (Bad Fallingbostal) hat die besten Ergebnisse. Dazu gehören in der Sache: Das Gelände ist verfügbar, hat eine gute Erreichbarkeit und ausreichende Parkräume sowie gute Bedingungen für einen Hubschrauberlandeplatz. Das Gelände bietet ausreichend Platz, auch für eventuelle spätere Erweiterungen.

Hinzu kommt die gute Infrastruktur vor Ort: Einkaufsmöglichkeiten, Restaurants und Cafés für Besucher\*innen, ausreichend Kindergartenplätze für mögliche Fachkräfte, ebenso ausreichend Wohnraum, Schulen, öffentliche Nahverkehrsmittel usw.

Und zu guter Letzt: Raumordnerisch bietet dieses Gebiet Planungssicherheit, denn es befindet sich in der Kreisstadt.

### 2. Ist es möglich, dass nach dem eventuellen Bürgerentscheid von der Planung F4 (Bad Fallingbostal) auf D4 (Dorfmark) umgeschwenkt werden kann?

Ganz klar: **NEIN!** Hier sind mehrere Faktoren zu beachten... Der Kreistag müsste entscheiden, ob er ein vollkommen neues Verfahren – europaweiter Realisierungswettbewerb – eröffnen will. Kosten für den Kreishaushalt **zusätzlich**: ca. 1,3 Mio. Euro, die dann auch selber getragen werden müssen (die jetzigen wären in den Fördermitteln enthalten). Dann könnte theoretisch der Wettbewerb gestartet werden, nur wird die Frist des Sozialministeriums bis September 2021 mit dem neuen Wettbewerb **nicht eingehalten werden können**. Die Fördermittel werden für uns nicht mehr zur Verfügung stehen!

Ein zweiter Faktor wäre ebenfalls zu berücksichtigen: Der Kreistag kann nicht einfach auf ein neues Planungsgebiet umschwenken. Das ist vergaberechtlich nicht möglich. Der Landkreis müsste mit einer Klage wegen Verstoß gegen die Vergaberegulungen rechnen und wäre gegenüber den Architekturbüros auch regresspflichtig. Kosten z.Zt. nicht bezifferbar, denn diese setzen dann die Gerichte fest.

Ein dritter Faktor ist, dass bei einem positiven Bürgerentscheid weitere Planungen, aus kommunalrechtlicher Hinsicht, zwei Jahre „auf Eis gelegt“ sind, d.h., der Kreistag kann erst nach zwei Jahren wieder entscheiden, wie es weitergeht.

**Drei gute Gründe, warum die Planungen für den Neubau des Heidekreisklinikums planmäßig weitergeführt werden müssen, um somit die Fördermittel**

**weiterhin zu sichern!**

### 3. Wer trägt die Kosten des Bürgerentscheides?

Die Kosten trägt der Steuerzahler. Dazu gehören Wahlbenachrichtigungen, Öffnung und Besetzungen der Wahllokale, Aufwandsentschädigungen der Wahlhelfer\*innen usw. Gleichzusetzen ist das auch mit den Kosten von Kommunalwahlen.

Weiteres Risiko: Bei einem positiven Bürgerentscheid würden ebenfalls die bis jetzt entstandenen Kosten für die Ausschreibung und den gestarteten Realisierungswettbewerb vom Steuerzahler zu tragen sein, ebenso sämtliche Planungskosten in Höhe von ca. 1,3 Mio. Euro.

## AUS AKTUELLEM ANLASS:

Ich beende hiermit die Beantwortung Ihrer Fragen zum Heidekreisklinikum, da diese Diskussion ad absurdum geführt wird. Aus der Presse ist zu entnehmen, dass die Stadt Soltau sowieso gegen den Kreistagsbeschluss klagen wird, da NUR Soltau als Stadt vermeintlich als einziger Standort infrage käme.

Das Bürgerbegehren ist für mich somit nur ein Ablenkungsmanöver, das mächtigen Schaden angerichtet hat und ich gehe davon aus, dass jetzt die Gerichte das letzte Wort haben werden!

Herzlichst Ihre







## UNTERWEGS IM WAHLKREIS



### Althusmann beim VNP in Bispingen

Mit unserem CDU-Landesvorsitzenden und Wirtschaftsminister Dr. Bernd Althusmann habe ich mich in Niederhaverbeck über die Arbeit des Vereins Naturschutzpark (VNP) informiert. Der VNP betreibt seit mehr als 30 Jahren Heidepflege. Die Methoden und Geräte für die maschinelle Heidepflege werden nach dem Vorbild der alten Heidebauernwirtschaft entwickelt. Auf dem Hillmershof in Wilsede bietet der VNP Schulklassen die Möglichkeit, die bäuerliche Land- und Hauswirtschaft kennenzulernen. Das Interesse ist groß und so ist der Schulbauernhof jedes Jahr ausgebucht.

### Stadtplatz Carré in Walsrode

Die Kreissparkasse Walsrode hat vor Kurzem ihr Projekt „Stadtplatz Carré“ vorgestellt, das bis zum Frühjahr fertiggestellt werden soll. Zwischen Stadtplatz und Moorstraße werden so 55 Wohnungen entstehen, die momentan vermarktet werden. Mit dem Projekt hat die KSK Walsrode den richtigen Weg eingeschlagen. Das habe ich in meiner Rede als stellvertretende Landrätin deutlich gemacht. Viele Menschen wollen sich wohnraumtechnisch verkleinern, aber die Wohnqualität und Stadtnähe erhalten. Auch Menschen aus größeren Städten ziehen vermehrt in die ländliche Region.



### Förderbescheidübergabe in Rethem

Kürzlich hat Monika Scherf, die Leiterin des Amtes für regionale Landesentwicklung Lüneburg, in Rethem den Förderbescheid für die Städtebauförderung übergeben. 523.000€ fließen so in die Neugestaltung des Stadtkerns im Rahmen des Programmes "Lebendige Zentren". Ich freue mich über diese wertvolle Förderung von Bund und Land. Es ist mir ein großes Anliegen Leerstand in Rethem zu beseitigen und ein attraktives Stadtzentrum zu schaffen. Rethem ist jede Unterstützung wert.

### Nominierung in Bad Fallingbostel

Carsten Büttinghaus aus Bispingen ist unser Kandidat für die kommende Bundestagswahl. Der 37-jährige Polizist hat auf der Nominierungsveranstaltung in Bad Fallingbostel gegen Marsha Weseloh gewonnen und wird von uns 2021 ins Rennen geschickt. Ich bin mir sicher, dass er mit Engagement und Leidenschaft für die CDU kämpfen wird, um das Direktmandat zurückzuholen. Herzlichen Glückwunsch, Carsten Büttinghaus!



Gudrun Pieper MdL | Hauptstraße 9 | 29690 Schwarmstedt

Website:

Kontakt:

E-Mail-Adresse:



[www.gudrunpieper.de](http://www.gudrunpieper.de)



05071-8002525



[info@gudrunpieper.de](mailto:info@gudrunpieper.de)